

DIE LINKE. Brandenburg tritt der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ bei

Cottbus, den 30. September 2007: Am frühen Nachmittag hat der Landesvorstand der LINKEN Brandenburg entschieden, sich an der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ zu beteiligen. Der Beschluss wurde mit 12 zu 1 Stimmen mehrheitlich gefasst. Der Entscheidung ist ein mehrmonatiger Diskussionsprozess vorausgegangen, den DIE LINKE im Rahmen ihrer Leitbilddebatte „Für ein Brandenburg der Regionen“ landesweit und ergebnisoffen geführt hat. Dabei ist einmal mehr deutlich geworden, dass DIE LINKE in Brandenburg eine Volkspartei ist, in der unterschiedliche Meinungen und Positionen vertreten sind.

Die Debatte verlief in der Sache zum Teil hart, aber fair. Insbesondere in den unmittelbar betroffenen Teilen der Lausitz wird deutlich, dass die Stimmung in der Partei in dieser Frage geteilt ist. Das Votum des Landesvorstandes entspricht dem Diskussionsergebnis dieser Debatte, in der sich auch Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestages und Landtages, Kreisvorsitzende, Mitglieder des Jugendverbandes, anderer Kreisverbände und Basisorganisationen für die Beteiligung an der Volksinitiative ausgesprochen hatten.

Bestandteil des Beschlusses ist die Aufgabe, im Rahmen der Leitbilddiskussion die Energiestrategie der Partei weiter zu entwickeln. DIE LINKE sieht den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung als zeitliche Brücke für eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Umgestaltung der Lausitz. Die Energiewende muss jetzt aktiv auch in der Lausitz gestaltet werden. Das ist nicht nur im Interesse der vom Braunkohleabbau negativ Betroffenen, sondern auch im Interesse der Kohlekumpel und ihrer Familien.

Dem heutigen parteiinternen Verständigungsprozess ging eine öffentliche energiepolitische Konferenz voraus, in der Vertreter von Vattenfall, der IG BCE, der Umweltverbände und der Partei DIE LINKE ihre Positionen vertreten haben. Die öffentliche Konferenz war wesentlicher Bestandteil des Meinungsbildungsprozesses und explizit auch als eine Alternative zur „Hinterzimmerverständigung“ gedacht, die letzte Woche zwischen Vattenfall und Ministerpräsident Platzeck stattgefunden hat.

Der Landesparteitag der LINKEN Brandenburg im Januar 2008 wird sich mit dem Verlauf der Volksinitiative und den energiepolitischen Konzepten der Partei auch für die Lausitz erneut beschäftigen.